



Wir zahlen nicht für eure Krise!

Die Welt steckt in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929. In NRW sind über 800.000 Menschen erwerbslos, 52.000 haben einen Ein-Euro-Job, und 414.000 Beschäftigte sind in Kurzarbeit. Viele Beschäftigte werden in Zukunft von Entlassungen betroffen sein bei gleichzeitigen Steuererhöhungen und sinkenden Sozialleistungen. Die Landesregierung unternimmt nichts zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die SPD schaut dabei zu.

DIE LINKE. NRW fordert nicht nur die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die Schaffung von Transfergesellschaften sondern Maßnahmen für Arbeitsplätze mit Perspektive.

1. Unverzüglich muss ein öffentliches Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden Euro jährlich mit den Schwerpunkten Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit aufgelegt werden. So könnten mehr als zwei Millionen zusätzliche tariflich entlohnte Arbeitsplätze entstehen, davon allein 450.000 in NRW. Ergänzend dazu fordert DIE LINKE. NRW weitere Investitionen der Landesregierung in Höhe von mindestens 12 bis 15 Milliarden Euro jährlich für die Bereiche Kinderbetreuung, Bildung und Wissenschaft, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Verkehr und ökologischer Umbau.
2. Die Profiteure der Finanzmarktgeschäfte, Reiche und Unternehmen müssen bezahlen: Einführung einer Millionärssteuer von 5 bis 10 Prozent; Börsenumsatzsteuer, Rückgängigmachung der Steuervergünstigungen der letzten 15 Jahre sowie eine Anhebung der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes. Das Steuerkonzept der LINKEN bringt allein für NRW 21,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen.
3. Demokratische Kontrolle über die Banken und das Finanzsystem sowie Regulierung der Finanzmärkte. Überführung der Privatbanken in öffentliches Eigentum, ❖

ARBEIT FÜR ALLE BEI FAIREM LOHN!

DGB

60 JAHRE DGB
1. MAI 2009

Mitglieder der Linken
werden sich an den gewerk-
schaftlichen Aktionen zum
1. Mai und am
europäischen Aktionstag
16. Mai beteiligen.

- Erhalt und Sicherung des öffentlichen Sparkassen-
sektors in NRW.
4. **Stärkung des öffentlichen Sektors (Daseinsvorsorge):** Bessere Finanzausstattung der Kommunen, Stopp von sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften; Privatisierungs-Stopp, Erhalt und Rekommunalisierung öffentlicher Einrichtungen kommunenfreundliche Änderung des § 107 der Gemeindeordnung.
 5. **Keine Teilprivatisierung des Rentensystems,** Rücknahme der Rente mit 67.
 6. **Weg mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen.** Sofortige Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro und Wegfall der menschenunwürdigen Sanktionen. Grundsätzlich muss das Hartz-System überwunden werden.
 7. **Keine Lohnsenkungen sondern Realloohnerhöhung:** Abschaffung des Niedriglohnssektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 10 Euro; Einschränkung der Leiharbeit und gleiche Bezahlung der LeiharbeiterInnen; Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse und Stärkung der Rechte geringfügig Beschäftigter.
 8. **Wiedereinführung eines Vergabegesetzes in NRW zum Schutz vor Lohndumping.**
 9. **Soziale Bedingungen für staatliche Hilfen:** Staatliche Hilfsgelder und Bürgschaften gibt es nur als Beteiligung. Sie müssen mit erweiterten Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten der Belegschaften verbunden und an soziale Bedingungen geknüpft werden, wie Schutz vor Entlassungen, Erhalt der tariflichen Standards; keine Aufweichung der Flächentarifverträge, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich anstatt Arbeitsplatzvernichtung.
 10. **Nicht nur für Opel: Zukunftsfonds für den sozialen und ökologischen Umbau industrieller Arbeitsplätze.** Opel muss mit einer öffentlichen Beteiligung des Landes und Bürgschaften des Bundes erhalten werden. Darüber hinaus fordern wir einen Fonds von 100 Milliarden Euro für den sozialen und ökologischen Umbau der Industrie.

DIE LINKE, NRW · Corneliusstr. 108 · 40215 Düsseldorf · V.i.S.d.P.: Michael Kretschmer

11. **Umverteilung der Arbeit:** Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden pro Woche.
12. **Mitbestimmung und Streikrechte stärken.** Echte paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 500 Beschäftigte, Umgestaltung des LPVG in NRW, Ausbau der Streikrechts, das den politischen Streik ermöglicht und eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung verhindert.

Zentrale Wahlkampfkundgebung

Dienstag, 26. Mai 2009, ab 17 Uhr
auf dem Heumarkt in Köln

Es sprechen Lothar Bisky · Oskar Lafontaine
Jürgen Klute · Band: Polkaholix und Infostände

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

**ROT
IST DER
MAI**

Gleicher Lohn für Frauen!

Für gleichwertige Arbeit verdienen Frauen in Deutschland etwa ein Viertel weniger als Männer. Schluss mit der Lohndiskriminierung!
www.die-linke.de

DIE LINKE.